Anliegen 1: Verbesserung der Situation für Radfahrer in Rösrath

Wir werden - wie in der vergangenen Ratsperiode - die Verwaltung intensiv dabei unterstützen, die Situation der radfahrenden Bevölkerung zu verbessern und sicherer zu machen. Dies bezieht sich auf die entsprechende Markierung von Radstreifen in den Ortszentren, was vergleichsweise einfach zu realisieren ist, und ebenso auf die Realisierung eines durchgängigen Radwegenetzes in der Stadt, was bei den unterschiedlichen Interessenlagen der Verkehrsteilnehmer schon etwas schwieriger umzusetzen ist.

Besondere Maßnahmen für den Umstieg von Pendlern aufs Fahrrad sind zur Zeit nicht geplant. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs durch erhöhten Takt und die bessere Erreichbarkeit der Rösrather Bahnstationen durch den Bus sind der Schwerpunkt unserer Arbeit. Für die besondere Situation von Städten wie Rösrath im Umland von einer Großstadt fehlt bislang ein speziell zugeschnittenes Mobilitätskonzept. Auf Betreiben der GRÜNEN im Kreis hat der Kreistag ein derartiges Konzept im Dezember 2013 beschlossen, das diese Lücke schließen soll.

Anliegen 2: Schutz vor dem gesundheitsschädlichen Nachtfluglärm

Wir treten seit Jahren vor Ort und in Land und Bund für eine nächtliche Kernruhezeit an Flughäfen ein. Das Passagiernachtflugverbot für den Flughafen Köln-Bonn ist allenfalls ein Teilschritt auf dem Weg zu einer Kernruhezeit. Ein erneuter Antrag an den neuen Bundesverkehrsminister Dobrindt ist bereits gestellt worden..

Die verstärkte Nutzung der Querwindbahn und den sich aus der sehr hohen Lärmbelastung ergebene Antrag auf Überprüfung der Betriebsgenehmigung begrüßen wir ausdrücklich.

Für konkrete Vorschläge für Nachtruhe, die über die bislang schon gemachten Initiativen in Sachen Information, Demonstration, Rechtsweg usw. hinausgehen, sind wir sehr offen.

Anliegen 3: Schutz vor der zunehmender Hochwassergefahr

Angesichts der besonderen Lage dieses Gebietes sollte dieses Gebiet zukünftig nicht mehr genutzt, sondern zurückgebaut, renaturiert und dem natürlichen Überschwemmungsraum der Sülz zurückgegeben werden. Stattdessen sollten an einer geeigneteren Stelle Gewerbeflächen ausgewiesen werden wie z. B. In Rambrücken. Dort gibt es eine bessere Verkehrsanbindung, Gewerbeflächen in der Nachbarschaft und der Überschwemmungsbereich der Sülz wird nicht berührt.

Der Flächenverbrauch hielte sich in Grenzen und der Hochwasserschutz wird verbessert.